

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

Jahresbericht 2002

Februar 2003

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim
(FKKS)

Seminargebäude A 5
68131 Mannheim

Telefon: +49 621 181-2088
Telefax: +49 621 181-2087
E-Mail: lsjahn@sowi.uni-mannheim.de

www.uni-mannheim.de/fkks

INHALT

	Seite
1 FORSCHUNGSSCHWERPUNKT	2
2 ENTWICKLUNG IM JAHR 2002	3
3 FORSCHUNGSPROJEKTE	4
3.1 Weitergeführte oder abgeschlossene Projekte	4
4 AUSBILDUNGS-, VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN	5
4.1 Nachwuchsförderung	5
4.2 Publikationsreihen des FKKS	10
4.3 Gäste am Forschungsschwerpunkt	10
5 VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	10
5.1 Publikationen	10
5.2 Forschungsaufenthalte, Vorträge und Konferenzen	13
6 LEHRVERANSTALTUNGEN	16
7 BIBLIOTHEK	17

1 FORSCHUNGSSCHWERPUNKT

Leitung: Prof. Dr. Egbert Jahn

Mitarbeiter: Markus Bieniek M.A.*
Dr. Sabine Fischer*
Rolf Peter M.A.*
Dr. Astrid Sahn**
Susan Stewart M.A.*
Claudia Wagner M.A.*
Volker Weichsel M.A.*
Christina Weiß M.A.*

Ein Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter war im Jahr 2002 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (*) oder am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte (**) beschäftigt, die anderen wirkten aufgrund anderweitiger Finanzierung an den Arbeiten des FKKS mit.

Sekretariat: Olga Tscherer**

Wissenschaftliche Hilfskräfte: Andreas Brückmann, Sebastian Burghof, Sebastian Dresel, Hagen Ettner, Stefan Fischer, Holger Greif, Hannes Lambrecht, Paul Lies, Adrijana Preuss, Florian Strasser, Vera Uhle, Bastian Veigel, Dorothea Wolf, Sabina Wölkner

Zielsetzungen:

Der Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa (FKKS) besteht seit Oktober 1993 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) und am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. Er wurde am 18. Mai 1992 an der J. W. Goethe - Universität Frankfurt am Main (unter dem Namen: Forschungsstelle Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Eurasien) gegründet und befaßt sich mit ausgewählten Problemen der gesellschaftlichen und staatlichen Transformation der ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas und der Sowjetunion nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft.

Der Forschungsschwerpunkt konzentriert sich in seiner Arbeit in ausgewählten Fällen und im systematischen Vergleich auf die Ursachen und Entstehung von Konflikten, die Eskalation von Konflikten bis zur gewaltsamen und kriegerischen Austragung sowie auf Beispiele friedlicher Konflikttransformation, die zur Entwicklung von kooperativen Strukturen zwischen den sozialen und nationalen Gruppierungen und zwischen den Staaten im östlichen OSZE-Raum führt.

Die **Aufgaben** des FKKS sind: **Forschung**
Nachwuchsausbildung
Wissenstransfer
Politikberatung
Veranstaltung von Konferenzen und Symposien

Wichtige **Bereiche der Forschung** sind:

1. **Nationalitätenpolitik** einzelner Staaten und im Vergleich
2. **Außen- und Sicherheitspolitik** einzelner Staaten und in der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau
3. **staatliche und sozioökonomische Ordnungspolitik** im Zusammenhang des Nations- und Staatsbildungsprozesses
4. **Umweltpolitik** im Zusammenhang des Nations- und Staatsbildungsprozesses und der internationalen Kooperation

2 ENTWICKLUNG IM JAHR 2002

Das Jahr 2002 stand im Zeichen der weiteren Konsolidierung und des Abschlusses laufender Projekte. Claudia Wagner hat uns verlassen, als sich eine Chance bot, ihre bisherigen theoretischen Erkenntnisse in der entwicklungspolitischen Praxis zur Geltung zu bringen. Nach Abschluß ihrer Dissertationsprojekts hat Susan Stewart im Oktober die Aufgabe übernommen, das bisher von Claudia Wagner bearbeitete Projekt über zivile Konfliktbearbeitung ethnonationaler Konflikte in Georgien fortzuführen. Ansonsten wurden keine neuen Projekte beantragt. Allerdings fanden erste Vorarbeiten zu einem Projekt über die Praxis und Ausbildung von Friedensfachkräften in Europa statt, mit denen Christina Weiß, M.A. befaßt war.

Bernd Rosenbusch schloß erfolgreich seine Promotion ab. Seine Dissertation erschien am Ende des Jahres unter dem Titel: Die Bedeutung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte für die Kooperation und Integration der ASEAN-Staaten im LIT-Verlag in Münster als Band 10 unserer Reihe „Konflikt und Kooperation im Osten“. Diese Arbeit befaßt sich zwar nicht mit Osteuropa, steht jedoch im Kontext unserer Arbeiten über innerstaatliche und internationale Konflikt- und Kooperationsstrukturen, vor allem auch mit Nationalitätenkonflikten. Insofern paßt sie sehr gut in das Profil der Buchreihe.

Im laufenden Jahr sind drei Studien in unserer Reihe Untersuchungen des FKKS erschienen. Die erste von Margarita M. Balmaceda: EU Energy Policy and Future European Energy Markets – Consequences for the Central and East European States (Heft 27), ist ein Ergebnis des ersten Studienaufenthalts von Dr. Balmaceda von der Harvard University in Cambridge, Mass. am MZES im vorausgegangenen Jahr. In diesem Jahr hatte sie einen zweimonatigen Forschungsaufenthalt durch den DAAD finanziert erhalten, den sie im Juli und August zur Vorbereitung weiterer Studien über die europäische Energiepolitik in Mannheim nutzte. Hierbei nahm sie auch Kontakt zu zahlreichen Fachkollegen an anderen deutschen Universitäten und Forschungsinstituten auf. Die Zusammenarbeit mit ihr hat sich als außergewöhnlich fruchtbar erwiesen und wird im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

Eine zweite Studie von Tadeusz Olszański: Die Ukraine und Rußland: Von der Desintegration zur Reintegration? (Heft 28) behandelt ein Thema im Kontext unserer Arbeiten zur Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau.

Mit der Vorgeschichte des gesellschaftspolitischen Umbruchs in Polen, der bislang nur wenig auf lokaler und regionaler Ebene untersucht wurde, befaßt sich die Studie von Patrizia Hey: Die Gewerkschaftsregionen als Überlebensgarant der polnischen Solidarność-Bewegung. Struktur und Arbeitsformen in Niederschlesien (Heft 29).

Das im letzten Jahr vorgestellte Konferenz- und Publikationsprojekt über Grundsatzfragen zu Krieg und Frieden, das Ergebnisse vierzigjähriger Friedens- und Konfliktforschung zum Friedensbegriff, zur Bestimmung von Friedensakteuren und Friedensstrategien und zur Identifizierung wichtiger Konfliktlinien sowie Erkenntnisse zur längerfristigen Zukunft von Krieg und Frieden zu erfassen versuchte, fand seinen vorläufigen Abschluß in dem Projektband „Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002“, der von Astrid Sahn, Manfred Sapper und Volker Weichsel herausgegeben wurde.

Egbert Jahn

3 FORSCHUNGSPROJEKTE

3.1 WEITERGEFÜHRTE ODER ABGESCHLOSSENE PROJEKTE

Die Verknüpfung von Westintegration und Ostpolitik nach den Vorstellungen polnischer und tschechischer politischer Akteure

Bearbeiter: Markus Bieniek und Volker Weichsel

Finanzierung: Anschubfinanzierung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung; zur Projektbeschreibung siehe Jahresbericht 1999

Die ‘zweite nationale Wiedergeburt’. Nationalismus, nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildung in der spät- und postkommunistischen Gesellschaft

Bearbeiter: Egbert Jahn und ca. 50 Mannheimer und auswärtige Wissenschaftler

Finanzierung: VolkswagenStiftung; zur Projektbeschreibung siehe Jahresbericht 1996

Autoritäre Integration vs. demokratische Kooperation? Der Kaukasus im Spannungsfeld zwischen Brüssel und Moskau

Bearbeiterin: Sabine Fischer

Finanzierung: Anschubfinanzierung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung

Zur Vermittlung von Integrationsprozessen in der GUS und in Gesamteuropa aus der Sicht rußländischer politischer Akteure

Bearbeiter: Rolf Peter

Finanzierung: VolkswagenStiftung; zur Projektbeschreibung siehe Jahresbericht 1999

Brüssel oder Moskau: Die außenpolitische Orientierung von Belarus, Polen, der Slowakei und der Ukraine im Kontext der postkommunistischen Integrations- und Transformationsprozesse

Bearbeiterin: Astrid Sahn

Die Nationalitätenpolitik der Ukraine seit 1989 und ihr Beitrag zur Regulierung ethnischer Konflikte

Bearbeiterin: Susan Stewart

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft; zur Projektbeschreibung siehe Jahresbericht 1995

Internationale Bearbeitung von ethnonationalen Konflikten in Osteuropa

Bearbeiterin: Claudia Wagner, Susan Stewart

Finanzierung: Anschubfinanzierung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung; zur Projektbeschreibung siehe Jahresbericht 1999

4 AUSBILDUNGS-, VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN

4.1 NACHWUCHSFÖRDERUNG

Im Berichtsjahr wurden folgende Arbeiten – außer den in Abschnitt 3 bereits erwähnten – abgeschlossen:

Meri Bodrožić: „Einstellungen relevanter Akteure in Kroatien zum Kriegsverbrechertribunal in Den Haag“ (Diplomarbeit Juli 2002)

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang blieben die von den Alliierten eingerichteten Militärtribunale von Nürnberg und Tokio eine außerordentliche und einmalige internationale Reaktion auf die deutschen und japanischen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, die als ein „Bruch des Weltfriedens“ nicht ungesühnt bleiben sollten. Noch während auf ein Ende des 1991 ausgebrochenen Krieges im ehemaligen Jugoslawien nicht zu hoffen war, richtete der

Sicherheitsrat 1993 den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ein, abermals mit dem Argument, einer Gefährdung des Weltfriedens begegnen zu wollen.

Das Haager Gericht steht als Nachfolger der Militärtribunale für die fortschreitende Internationalisierung des Strafrechts und damit auch für die Weiterentwicklung des Völkerrechts im Sinne einer verstärkten Berücksichtigung von Menschenrechten in den Internationalen Beziehungen. Es ist zudem ein herausragendes Ergebnis der internationalen Friedensbemühungen zur Beendigung der Gewaltkreisläufe im ehemaligen Jugoslawien. Die Fragestellungen dieser Arbeit widmen sich den innergesellschaftlichen Prozessen in den von den Auslieferungsgesuchen und Verfahren des Haager Tribunals direkt betroffenen Nachbarstaaten Jugoslawiens, wobei die Besonderheiten im kroatischen Fall durch die Berücksichtigung auch des serbischen und bosniakischen herausgestellt werden sollen.

Aus der zunächst gestellten Aufgabe, wie die Einstellungsmuster und Argumentationsstrategien der kroatischen Gegner und Befürworter des Tribunals abzubilden sind, ergibt sich die Suche nach der Antwort, was nach der Regierungsübernahme der Reformkräfte einer kooperativen Haltung gegenüber Den Haag im Wege steht. Darüber hinaus soll der Zusammenhang des Demokratisierungspotentials des kroatischen gesellschaftspolitischen Systems und der Vergangenheitsauseinandersetzung innerhalb der kroatischen Gesellschaft – diese schon eingefordert durch die bloße Existenz des Tribunals – beleuchtet werden, um schließlich Perspektiven für einen politischen Neubeginn in einem durch Demokratiedefizite gekennzeichneten Kroatien zu erörtern.

Der „Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien“ kann als Nachfolger der Militärtribunale bezeichnet werden, zumal er sich – berufend auf die in Nürnberg gesetzten Grundprinzipien – mit sogenannten Makroverbrechen auseinandersetzt, namentlich mit Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Gleichwohl ergeben sich zwischen den Militärtribunalen der Alliierten und dem Haager Gericht aus den jeweiligen Unterschieden in den Umständen ihrer Einrichtung und in ihren Aktionsfeldern spezifische Reaktionen der gesellschaftlichen und politischen Elite Kroatiens.

Bedeutend ist vornehmlich, daß nicht mehr Sieger – gar eine Besatzungsmacht – über Unterworfenen urteilen, da die Einrichtung des „ad-hoc“-Tribunals in Den Haag mit Rückgriff auf Kapitel VII der UN-Charta durch den Sicherheitsrat ermöglicht wurde. Aus diesem Umstand folgt, daß für den Erfolg der Haager Zielsetzungen die Kooperation der verantwortlichen Regierungsvertreter ausschlaggebend ist, während die Verfahren im Nürnberger und Tokioter Fall noch erzwungen werden konnten. Eine weitere Neuerung – gleichsam spezifische Reaktionen wie generelle Schwierigkeiten begründend – ist die Schaffung einer internationalen Gerichtsbarkeit auch für innerstaatliche Konflikte.

Die völkerrechtlich begründete strafrechtliche Verantwortung des handelnden Individuums, die von der völkerrechtlichen Verantwortung des Staates unterschieden werden muß, ist das Handlungsfeld, dem sich das Kriegsverbrechertribunal per definitionem und gemäß seinem Mandat widmet. Nichtsdestotrotz findet in der kroatischen Öffentlichkeit eine Debatte um Kollektivschuld statt. Die in den Anklageerhebungen gegen prominente Generäle – in der kroatischen Wahrnehmung weitverbreitet als „Erschaffer“ und Nationalhelden verstanden – vorgebrachten Vorwürfe einer Durchführung „ethnischer Säuberungen“, also geplanter und systematischer Verbrechen, berühren die neuralgischen Punkte des politisch-moralischen nationalen Selbstverständnisses zahlreicher Kroaten. Besonders konflikträchtig wirkt hierbei, daß ein Krieg Gegenstand der Haager Prozesse ist, aus dem Kroatien siegreich hervorging und dessen zentrale Kriegshandlungen – beispielsweise die Rückeroberung der serbisch besetzten Krajina – seine territoriale Integrität und staatliche Unabhängigkeit erst begründeten. Unvereinbar mit den Anklageschriften ist aber in erster Linie die als zentraler

kroatischer Nachkriegskonsens zu bezeichnende Selbstdarstellung als Opfer der serbischen Expansionspolitik und daraus resultierend das Bild des ausschließlich legitimen Verteidigungskrieges.

Vor diesem Hintergrund ist die mangelnde Kooperationsbereitschaft der bis Januar 2000 herrschenden HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) unter dem nationalistischen und autokratischen Staatspräsidenten Franjo Tuđman zu sehen. Die internationale Isolation Kroatiens, mit dem Vorwurf mangelnder Fortschritte bei der Demokratisierung, lag in hohem Maße an dessen Weigerung zur loyalen Kooperation. Mit der Regierungsübernahme durch ein Mitte-Links-Bündnis unter Ministerpräsident Ivica Račan sind die Chancen für eine Demokratisierung in Kroatien und zugleich einer kooperativen Haltung gegenüber dem Tribunal gestiegen.

Allerdings sind die Bedingungen dafür ungünstig. Während sich die nationalkonservativen und nationalistischen Oppositionsparteien und die heterogene Regierungskoalition bezüglich der Interpretation der Rolle Kroatiens im Krieg und in dem Wunsch einer Einbindung in die euro-atlantischen Strukturen geeint finden, bringt der Konflikt um die Intensität der Kooperation mit dem Tribunal die Regierung stets an den Rand des Zusammenbruchs.

In den Regierungskrisen und den mächtigen Massendemonstrationen offenbart sich die dilemmatische Situation, in der die kroatische Regierung zu agieren hat: Während die wirtschaftliche Unterstützung und die politische Einbindung durch die Europäische Union und die USA an die Erfüllung der Begehren des Tribunals geknüpft sind, stößt das Einlösen dieser internationalen Verpflichtung auf breite Ablehnung der meisten politischen und gesellschaftlichen Gruppen.

Die pragmatische Reaktion der Reformregierung auf diese Herausforderung ist gekennzeichnet durch eine prinzipielle Kooperationsbereitschaft, die sich allerdings durch die Anpassung an die Bedürfnisse der kroatischen Opfermentalität nicht in einer qualitativ gewandelten Kooperationspolitik, im Sinne einer bedingungslosen Kooperation widerspiegelt. Einer solchen steht entgegen, daß die auf nationale Bezüge beschränkte Legitimationsgrundlage des Tuđman-Regimes noch immer nicht aufgebrochen wird. Anschaulich an den Deutungsmustern des Krieges von 1991 bis 1995 abzulesen, zählt der Nationalismus noch nicht zur Vergangenheit kroatischen Politikverständnisses. Der Rückgriff auf nationale Rhetorik – auch aller an der Regierung beteiligten Parteien, wie beispielsweise der SDP (Sozialdemokratische Partei) der ehemaligen Kommunisten – ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß die neuen Machthaber die für ihren Wahlerfolg ausschlaggebenden wirtschaftlichen Reformvorhaben nicht umsetzen konnten. Die seit dem Regierungswechsel 2000 um 8 Punkte auf 24 Prozent gestiegene Arbeitslosenquote oder die ungelöste Frage der Rentner- und Invalidenversorgung machen das Regierungsbündnis angreifbar gegenüber der Agitation der Opposition, die gemeinsam mit den mächtigen Veteranenverbänden jede Gegnerschaft zu den Auslieferungen in eine solche zur Mitte-Links-Regierung umwandeln kann. Der Reformschub wird zudem dadurch blockiert, daß Schlüsselpositionen in der Verwaltung und den Medien von HDZ-Funktionären besetzt werden.

Die entscheidende Frage, ob die auf eine Revision des herrschenden Kriegsbildes verzichtende Tribunalpolitik der kroatischen Regierung dennoch die Möglichkeit für einen politischen Neubeginn bereithält, ist negativ zu beantworten. Diese pessimistische Prognose ergibt sich aus dem Umstand, daß der Erfolg der inkonsequenten Kooperationspolitik zugleich wesentliche Bedingung für das Fortbestehen des reformwilligen Regierungsbündnisses ist. Die mögliche politische Alternative der nationalkonservativen Opposition liefert wenig Aussicht auf eine Neuorientierung und lediglich vereinzelte Kritiker – an herausragender Stelle Staatspräsident Stipe Mesić –, meist aus intellektuellen Kreisen und zudem „belastet“ durch ihre kommunistische Vergangenheit, tragen zur Eröffnung eines auf Wahrheit und Versöhnung abzielenden Selbstverständnisdiskurses bei.

Das Deutungsmonopol kroatischer Vergangenheit bleibt gegenwärtig in der Hand nationalistischer Kräfte, jener Generation, die als Teil der Vergangenheit selbst – sofern verstrickt in die „negativen Begleiterscheinungen“ des Unabhängigkeitskrieges – ein starkes Interesse daran hat, die Kooperation der kroatischen Regierung mit den Anklagevertretern des Tribunals zu verhindern.

Christoph Gaber: „Der deutsch-russische Erdgashandel nach dem Ende des Ost-West-Konflikts“ (Magisterarbeit 2002)

Ausgehend von der außenpolitischen Strategie der Bundesrepublik gegenüber Rußland werden in der vorliegenden Arbeit die veränderten wirtschafts- und sicherheitspolitischen sowie ökonomischen Rahmenbedingungen der Energiebeziehungen im Erdgassektor zwischen Deutschland und Rußland untersucht. Die enge deutsch-russische Kooperation in diesem Bereich drückt sich zum einen in der Höhe der bezogenen Erdgasmengen aus, die bei steigendem Anteil von Erdgas als Primärenergieträger inzwischen rund 40% des deutschen Gesamtverbrauchs ausmachen. Zum anderen zeigt sich dies auch in einer strategischen Zusammenarbeit deutscher und russischer Erdgasunternehmen. Dem anfänglichen Hauptinteresse der deutschen Außenpolitik, die sowjetische Zustimmung zur Vereinigung der BRD und der DDR und den späteren Abzug der sowjetischen bzw. russischen Truppen durch das Angebot politischer wie ökonomischer Kooperation zu erleichtern, folgte das Interesse an einer Konsolidierung des politischen wie ökonomischen Transformationsprozesses in Rußland.

Das grundsätzliche Ziel der deutschen Außenpolitik, die Einbindung Rußlands in die europäischen Integrationsprozesse zu fördern, wies im Verlauf der 90er Jahre eine hohe Kontinuität auf. Die faktischen Restriktionen ergaben sich jeweils aus der unzureichenden Transformation in Rußland. Die positive Kopplung, ökonomische Anreize auch zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele einzusetzen, spielte bei der Etablierung von Gazprom auf dem deutschen Erdgasmarkt eine Rolle. So führte die Einbindung des russischen Erdgaskonzerns in den deutschen Erdgasmarkt im Rahmen der Umstrukturierung des ostdeutschen Energiemarktes zu einer Auflösung der quasi Monopolstellung der Ruhrgas AG, des langjährigen deutschen Partners der sowjetischen Erdgasindustrie, und zu einer Allianz zwischen dem BASF-Konzern und Gazprom auf dem deutschen Markt. Während die Ruhrgas AG ihre Abhängigkeit von russischen Lieferungen relativierte und neue Verträge mit norwegischen und niederländischen Anbietern abschloß, investierte Gazprom zusammen mit der BASF AG in den Aufbau eines eigenen Leitungsnetzes in Deutschland, um so die über ein eigenes Vertriebssystem bezogenen zusätzlichen Erdgasmengen vermarkten zu können. Auch zielte die finanzielle Unterstützung seitens der Bundesregierung in Form von Kreditbürgschaften auf eine Stärkung der Exportkapazitäten von Gazprom. Diese Strategie ging mit der Forderung nach Beibehaltung der Monopolstellung von Gazprom in Rußland einher. Während zwar von ökonomischen Akteuren die Frage der Sicherheit der russischen Energielieferungen thematisiert wurde, vorrangig um damit staatliche Mittel zu erhalten, spielten auf politischer Ebene Fragen der Liefersicherheit keine Rolle. Im Vordergrund stand und steht vielmehr die Betonung des vorhandenen ökonomischen wie auch politischen Kooperationspotentials. Die deutsche Strategie zur Sicherung der Energieversorgung verläuft im europäischen Kontext und zielt auf eine Öffnung der mittel- und osteuropäischen Märkte. Der Europäische Energiecharta-Vertrag von 1994 sowie der im Herbst 2000 gestartete Energiedialog zwischen der EU und Rußland zielen auf die Schaffung von Investitionsvoraussetzungen für westliche Energieunternehmen in Rußland. Die deutschen Energie-

interessen werden demnach vorrangig im multilateralen Kontext verfolgt. Daß dieses Ziel mitunter auch im Widerspruch zu der von zahlreichen Staaten in Mittel- und Osteuropa aus sicherheitspolitischen Motiven angestrebten Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen steht, zeigt sich insbesondere beim Bau neuer Exportpipelines aus Rußland, die einen steigenden Erdgasbedarf Westeuropas decken sollen.

Sabina Wölkner: „Konsolidierung durch EU-Integration? Der Einfluß der EU-Beitrittsperspektive auf die Transformation Polens“ (Magisterarbeit 2002)

Gegenstand der Arbeit ist die Frage, inwieweit die EU-Beitrittsperspektive den Demokratisierungsprozeß in Polen stabilisiert. Die Untersuchung umfaßt den Zeitraum von Beginn des Systemwechsels 1989/90 bis zu den Parlamentswahlen im Herbst 2001. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Auswirkungen die EU-Beitrittsperspektive des Landes auf das Parteiensystem und auf die Positionen der Parteien gegenüber der EU hat. Die Analyse wird damit am Beispiel einer Elitendiskussion vorgenommen, sie berücksichtigt neben der politischen Dimension auch den gesellschaftlichen und den wirtschaftlichen Kontext.

Die zentrale These der Arbeit lautet, daß die Beitrittsperspektive die Transformation stabilisiert und die Demokratie in Polen konsolidiert hat. Auf die einzelnen Transformationsbereiche hat sie jedoch unterschiedliche Auswirkungen. In der Wirtschaft führte sie kurzfristig zu einem Aufschwung, der aber nicht dauerhaft gesichert werden konnte. Wirtschaftlicher Erfolg ist wichtig, da mit ihm die gesellschaftliche Legitimation der Integration Polens in die EU steigt und sinkt. In der Politik hat die EU-Beitrittsperspektive positive Folgen. Zum einen stabilisierte sie in Momenten politischer Instabilität die institutionelle und konstitutionelle Konsolidierung. Zum anderen führte die Debatte über die EU nach einer vorübergehenden Polarisierung des Parteiensystems letztlich zur Herausbildung eines europapolitischen Konsenses, der Auswirkungen auf das gesamte politische System und Parteiensystem hatte.

Die Konsolidierung durchläuft mehrere Etappen. In der ersten, die mit der Unterzeichnung des Europa-Abkommens 1991 begann und bis zum Kopenhagener Gipfel 1993 dauerte, konnte die EU-Perspektive kaum eine konsolidierende Wirkung entfalten. Diese gewann erst nach Kopenhagen an Dynamik. Mit den Beitrittsverhandlungen im März 1998 wurde die nächste Phase eingeleitet. Der Druck seitens der EU auf Polen begann sich zu erhöhen. Infolgedessen stieg auch die Kritik an den wirtschaftlichen Mißerfolgen. Mehrfach beklagte die EU das zu geringe Tempo der polnischen Anpassungsleistungen an die EU-Standards.

Seitdem ist zwischen Eliten und Gesellschaft eine wachsende Dissonanz zu vernehmen. Zwar blieb die Zustimmung zu Polens Beitritt in den etablierten Parteien stabil, in der Gesellschaft jedoch nahm die Unzufriedenheit über die EU und das politische System zu. Links- und rechtsradikalen EU-Gegner nahmen bei den Parlamentswahlen 2001 die Fünf-Prozent-Hürde und zogen in den Sejm ein. Über den Beitritt des Landes zur Europäischen Union wird letztendlich ein Referendum entscheiden. Angesichts der wachsenden sozioökonomischen Spannungen sind die Chancen für ein positives Votum schlechter geworden.

4.2 PUBLIKATIONSREIHEN DES FKKS

Untersuchungen des FKKS

- Nr. 27: Margarita M. Balmaceda: EU Energy Policy and Future European Energy Markets: Consequences for the Central and East European States
- Nr. 28: Tadeusz Olszański: Die Ukraine und Rußland: Von der Desintegration zur Reintegration?
- Nr. 29: Patrizia Hey: Die Gewerkschaftsregionen als Überlebensgarant der polnischen Solidarnosc-Bewegung. Struktur und Arbeitsformen in Niederschlesien

4.3 GÄSTE AM FORSCHUNGSSCHWERPUNKT

04.02.2002

Umar Alissoultanov, Universität Straßburg:
Vortrag „Conflict Structures in the Caucasus“

16.12.2002

Prof. Dr. Igor Kljamkin, Moskau, Bremen:
Vortrag „Elite und Gesellschaft. Ressourcen der Modernisierung“

5 VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

5.1 PUBLIKATIONEN

Egbert Jahn:

Ein bißchen Frieden im ewigen Krieg? Zu den Aussichten auf einen dauerhaften Weltfrieden am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Sahm, Astrid – Sapper, Manfred – Weichsel, Volker: Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 51-82

(Projekt: Die Bearbeitung ethnonationaler Konflikte durch internationale Organisationen und NGOs am Beispiel der Konflikte zwischen Georgien und Abchasien und zwischen Moldau und Transnistrien“)

Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999 (Herausgeber mit Hermann Weber, Bernhard H. Bayerlein, Günter Braun, Horst Dähn, Jan Foitzik, Ulrich Mählert), Berlin: Akademie 2002, Berlin: Aufbau 2002, 502 S.

(Projekt: Prof. Dr. H. Weber „Internationaler Kommunismus“)

Rolf Peter:

(mit Claudia Wagner): Im Kaukasus zeigt sich das wahre Gesicht von Putins Politik. Der Kampf gegen den Terror auf russische Art, in: Die Welt, 20.02.02, S. 6

(mit Claudia Wagner): Kavkaz – istinnoe lico politiki Putina. Bor’ba s terrorom po-russki, in: InoSMIRu, 20.02.02, zu finden unter:
<http://www.inosmi.ru/stories/2001/07/05/994308142/1014191316.html> – Stand: 06.03.02

(mit Volker Weichsel) Will Russia be excluded from or included into Europe by the enlargement of the European Union? In: Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen 36, 2002, S. 122-126

(mit Volker Weichsel): The EU-Russian relationships: the development of a semi-permeable border, in: EU-Russia: strategies of interaction. Ural state university, Ekaterinburg 2002 (im Erscheinen)

Astrid Sahn:

Barrier or Bridge on the Road to Europe? Justice and Home Affairs, in: Ann Lewis (Hg.): The EU & Belarus. Between Moscow and Brussels, London 2002, S. 375-386

Isolationärer Autoritarismus. Die innere Entwicklung in der Republik Belarus, in: Bingen, Dieter/ Wóycicki, Kazimierz (Hg.): Deutschland – Polen – Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union, Wiesbaden 2002, S. 179-195

(gemeinsam mit Westphal, Kirsten) Power and the Yamal Pipeline, in: Balmaceda, Margarita M./ Clem, James I./ Tarlow, Lisbeth, L. (Hg.): Independent Belarus. Domestic Determinants, Regional Dynamics, and Implications for the West, Cambridge (Mass.) 2002, S. 270-301

(gemeinsam mit Sapper, Manfred und Weichsel, Volker) (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden 2002, 434 S.

(gemeinsam mit Sapper, Manfred und Weichsel, Volker) Einleitung: Frieden und Krieg in Zeiten des Übergangs, in: Sahn, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker: Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden 2002, S. 9-18

(gemeinsam mit Sapper, Manfred und Weichsel, Volker): Bedrohungen und Chancen des Friedens, in: Sahn, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker: Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden 2002, S. 411-432

Volker Weichsel:

Die Ukraine im Europäischen Ordnungssystem, in: Olszański, Tadeusz: Die Ukraine und Rußland: Von der Desintegration zur Reintegration?, Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 43, 2002, S. 1-5 (zugleich unter demselben Titel: Untersuchungen des FKKS 28/2002 S. 3-6)

Die tschechisch-deutschen und die tschechische Ostpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Perspektivy mladé generace pro Evropu, S. 86-91, Praha/Ústí nad Labem 2002

Rechtsradikalismus in Osteuropa: Ein Phänomen sui generis?, in: Osteuropa, 2002: 5, S. 511-520

(gemeinsam mit Rolf Peter) Will Russia be excluded or included into Europe by the enlargement of the European Union? In: Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen 36, 2002, S. 122-126

(gemeinsam mit Rolf Peter) The EU-Russia relationship: The development of a semi-permeable border, in: „European Union-Russia - Strategies of Interaction, Ekaterinburg 2002 (im Erscheinen)

Benes oder Milosevic, in: Freitag 28, 2002

(gemeinsam mit Astrid Sahn und Manfred Sapper) Einleitung: Frieden und Krieg in Zeiten des Übergangs, in: Sahn Astrid; Sapper, Manfred; Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens, Wiesbaden 2002, S. 9-18

(gemeinsam mit Astrid Sahn und Manfred Sapper) Bedrohungen und Chancen des Friedens, in: Sahn Astrid; Sapper, Manfred; Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens, Wiesbaden 2002, S. 411-432

(Hrsg. mit Astrid Sahn und Manfred Sapper): Die Zukunft des Friedens, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002

(Rezension) „Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918-1948“. Herausgegeben von Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil. Frankfurt: Peter Lang 2002, in: Osteuropa 12/2002, 1656-1657

(Übersetzung gemeinsam mit Birgit Menzel und Annett Jubara) Dubin, Boris: Das „andere“ Europa und das „virtuelle“ Europa. Globales und Lokales im Selbstverständnis osteuropäischer Intellektueller nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Osteuropa 12/2002, 1573-1596

5.2 FORSCHUNGSaufenthalte, Vorträge und Konferenzen

Markus Bieniek:

24.05.2002: Vortrag vor den Teilnehmern des 12. Deutsch-polnisches Kooperationsseminars in Darmstadt: Entwicklungsstrategien von Ländern und Regionen: Fallbeispiel aus der EU und MOE-Ländern

24.-27.07.2002: Teilnahme an dem vom europäischen Netzwerk PlaNet veranstalteten Kolloquium „Challenges for German and Polish Cities within the Framework of the EU-Enlargement“ und Vortrag mit dem Titel "Poland and the European Union: Requirements, Perceptions and Challenges of the EU-Enlargement“

Sabine Fischer:

04.-06.07.2002: „Conflict Dimensions of Transnationalisation“, organisiert vom Lehrstuhl Prof. Seidelmann, Universität Gießen, Rauisch-Holzhausen

20.-21.09.2002: Russia and the EU in a Wider Europe – New Opportunities and Old Frontiers, School of International Relations, State University St. Petersburg, St. Petersburg

Egbert Jahn:

11.01.2002: „Internationale Beziehungen an der Universität Mannheim: Frau Kohler-Kochs Beitrag“, Vortrag bei der Feier von Frau Prof. Dr. Beate Kohler-Kochs 60. Geburtstag

23.02.2002: Kommentierungen zu Dissertationen über Südosteuropa auf der Tagung „Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Theorien und Problemfelder internationaler Beziehungen“ der Sektion Internationale Politik der DVPW in der Evangelischen Akademie Arnoldshain

26.02.2002: Teilnahme an der Redaktionskonferenz “Die Zukunft der OSTEUROPA – Herausforderungen und Perspektiven” in der Europäischen Akademie Berlin

26.-27.04.2002: „Moderne und Ethnizität. Ethnische Differenzierung oder Assimilation in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union“, Vortrag auf der Tagung „Zwischen kultureller Zersplitterung und virtueller Identität. Türkische Medienkultur in Deutschland III“ in der Evangelischen Akademie Loccum

02.-04.05.2002: Teilnahme am 5. Schlangenbader Gespräch „Das Ende der Übergangsperiode? Rußland in der neuen internationalen Ordnung“ der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Bad Schlangenbad/Taunus

17.06.2002: „Zum Vergleich von 45 Nationalbewegungen im spät- und postkommunistischen Europa (1985-1997)“

11.09.2002: „Kampf oder Krieg dem Terrorismus“, Vortrag bei der Gedenkfeier für die Opfer des Terroranschlages vom 11. September 2001 und des Afghanistan-Krieges in der Ringkirche, Wiesbaden

31.10.2002: „Schlüsselemente ethnonationaler Konfliktdynamik und Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung“, Vortrag auf der Konferenz „Minderheitenschutz – Modell der Krisenprävention?“ der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Bad Honnef

07.11.2002: „Konfliktverschärfende, -mäßigende und –regulierende Geschichtsbilder bei der Nationalstaatsbildung im spät- und postkommunistischen Europa“, Vortrag am Historischen Seminar der Universität Basel

14.-16.11.2002: „Zum Verhältnis von GUS- und Europapolitik in Rußland“, Vortrag auf der Tagung „Rußland – die neue europäische Großmacht“ in Kassel

Rolf Peter:

13.02.2002: Vortrag „OSZE-Wahlbeobachtung in postsowjetischen Staaten: die Beispiele Belarus, Russland und Ukraine“ im Rahmen der „Lunchtime-speeches“ am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft II, Universität Mannheim (mit Astrid Sahn)

17.-19.04.2002: Teilnahme an der Internationalen Konferenz: “European Union – Russia: Strategies of Interaction”, Ekaterinburg/Russland; Vortrag: “The EU-Russian relationship: The development of a semi-permeable border”

20.-22.06.2002: Teilnahme an der „10. Tagung junger Osteuropa-Experten“ in Brühl, Moderation des panels: „Nationalitäten als Gewinner der Demokratisierung?“

17.-21.11.2002: Teilnahme am „Young-Leader-Seminar“ des Deutsch-Russischen Forums e.V. in Gütersloh zum Thema: „Jenseits deutscher und russischer Ballungszentren – zukunftsweisende Wirtschaftszweige in der Region“

Astrid Sahn:

08.-10.02.2002: Teilnahme als Moderatorin an der deutsch-belarussischen Partnerschaftskonferenz „Neue Politik gegenüber Belarus?“ in Brühl

13.02.2002: „OSZE-Wahlbeobachtung in post-sowjetischen Staaten: Die Beispiele Belarus, Russland und Ukraine“ – Lunchtime-Speech gemeinsam mit Rolf Peter an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim

15.-16.02.2002: Teilnahme an der Konferenz „Krieg und Gewalt im 20. Jahrhundert“ an der Universität Tübingen

02.-03.03.2002: Jurorin in der Auswahlkommission der Studienstiftung des deutschen Volkes für die Aufnahme von geistes- und sozialwissenschaftlichen StudentInnen nach der Zwischenprüfung

24.-25.05.2002: „Der Einfluss der Beziehungen zwischen Russland und der EU auf Belarus“ – Vortrag auf der Konferenz „Die Außenpolitik der Republik Belarus in historischer Retrospektive“ an der Belarussischen Staatsuniversität in Minsk

13.06.2002: Statement zur innenpolitischen Situation in Belarus beim Belarus-Arbeitskreis in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

04.-06.07.2002: Teilnahme an der Internationalen Konferenz „Conflict Dimensions of Transnationalisation“ in Rauschholzhausen

26.-27.09.2002: Teilnahme an der Konferenz „Die globale Welt vor neuen Herausforderungen“ des Zentrums für internationale Studien an der Belarussischen Staatsuniversität in Minsk

06.11.2002: „Russland und die EU“ – Vortrag im Rahmen der zweiwöchigen Fortbildung zur Europäischen Union für Studenten aus Usbekistan und der Fachhochschule Osnabrück in Vlotho

12.11.2002: „Die soziale Lage in Belarus“ – Vortrag in Burgwedel auf Einladung des Vereins „Kinder von Tschernobyl Burgwedel“

13.11.2002: „Wohin geht Belarus?“ – Vorträge bei der Niedersächsischen OST-Gesellschaft im Niedersächsischen Landtag Hannover und beim Internationalen Begegnungswerk in Nienburg

29.11.-01.12.2002: Leitung der Arbeitsgruppe Politik beim Minsk-Forum VI „Zehn Jahre deutsch-belarussische Beziehungen“ der Deutsch-belarussischen Gesellschaft

11.12.2002: „Belarus – ein kooperativer Partner für die EU?“ Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Belarus – eine Brücke zwischen Ost und West“ des Osteuropa-Zentrums in Berlin

Susan Stewart:

28.-30.10.2002: The Role of Minorities in the Development Process, Schloß Rauschholzhausen, Ebsdorfergrund. Veranstalter: Zentrum für Internationale Entwicklungs- und Umweltforschung, Universität Gießen und die Kreditanstalt für Wiederaufbau

Volker Weichsel:

26.02.2002: Teilnahme an der erweiterten Redaktionskonferenz der Zeitschrift „Osteuropa“, Berlin

07.-08.03.2002: Teilnahme an der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde unter dem Titel: „Vorurteile als politische Barrieren“, Göttingen

17.-19.04.2002: Teilnahme an der internationalen Konferenz „European Union-Russia: Strategies of Interaction“, Ekaterinburg, Rußland. Vortrag (gemeinsam mit Rolf Peter): „Vozniknovenie polupropustitel'noj granicy meždu Evropejskim Sojuzom i Rossiej“ (Die Entstehung einer semipermeablen Grenze zwischen der Europäischen Union und Rußland)

01.06.2002: Teilnahme am „Young-Leader-Seminar“ des Deutsch-Russischen Forums in Ufa, Rußland: „Neue Technologien in Baschkortostan – ein Beispiel regionaler Wirtschaftsentwicklung?“

08.-09.06.2002: Teilnahme an der Tagung der Fachgruppe Ostpolitik von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

20.-22.06.2002: Teilnahme an der 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten unter dem Titel: „Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse“, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dem Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung. Kommentar zu dem Panel: Was kennzeichnet das Scheitern einer Transformation“

6 LEHRVERANSTALTUNGEN

Sabine Fischer

Wintersemester 2002/2003:

Proseminar: „Russische Europapolitik“

Egbert Jahn:

Sommersemester 2002:

Vorlesung: „Einführung in die Zeitgeschichte: Der Antagonismus von Kommunismus und liberaler Demokratie im 20. Jahrhundert“

Hauptseminar: „Kommunistische politische Systeme“

Proseminar: „Einführung in die Zeitgeschichte: Politische Grundbegriffe“

Seminar für
Examenskandidaten:

Wintersemester 2002/2003:

Vorlesung: „Die Bildung der Nationalstaaten in West- und Osteuropa“

Hauptseminar: „Außenpolitik Rußlands“

Seminar für
Examenskandidaten

Astrid Sahm:

Sommersemester 2002:

Proseminar: „Die Osterweiterung der Europäischen Union“

Übung: „Russland und die EU“

Wintersemester 2002/2003:

Proseminar: „Perspektiven des Nationalstaats“

7 BIBLIOTHEK

Die von dem Forschungsschwerpunkt beschafften umfangreichen Bibliotheksbestände umfassen westsprachige (vor allem deutsch- und englischsprachige) sowie ostsprachige (vor allem russische, ukrainische, weißrussische, tschechische, slowakische und auch einige litauische) Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Statistiken, Dokumente und graue Literatur. Seit Dezember 1996 befinden sie sich in zwei benachbarten Bibliotheken: in der Europabibliothek des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (EB), L7,1 und in der Bibliothek der Fakultät für Sozialwissenschaften, Seminargebäude A5. In letzterer sind die westsprachige Osteuropaliteratur und der russischsprachige Buchbestand konzentriert, in der EB vor allem der Bestand an ostsprachigen Periodika (Zeitschriften und Zeitungen). Insgesamt enthalten die Bibliotheken rund 3000 ostsprachige Bände und ca. 200 Zeitschriften und Zeitungen aus Ostmittel- und Osteuropa. Inhaltlich erstreckt sich der Literaturbestand auf die Forschungsgebiete Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik, Nationalismus und Nationalitätenpolitik, Politische Ökologie, Militärwesen, Regionen und Föderalismus, Geschichte, Soziologie und Verfassungspolitik.

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), Lit Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-8947-3831-6
- Band 2 Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Lit Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-X
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, Lit Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, Lit Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, Lit Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-X
- Band 6 Egbert Jahn, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta Vostok-Zapad. Stat'i poslednich 20 let, Lit Verlag, Münster 1997/Progress Verlag, Moskau 1997, 346 S., ISBN 3-78258-3042-X
- Band 7 Astrid Sahn, Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine, Lit Verlag, Münster 1999, 472 S., ISBN 3-8258-4549-4
- Band 8 Claudia Wagner, Rußlands Krieg in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, Lit Verlag, Münster 2000, 220 S., ISBN 3-8258-4670-9
- Band 9 Volker Weichsel, Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, Lit Verlag, Münster 2000, 136 S., ISBN 3-8258-4833-7
- Band 10 Bernd Rosenbusch, Die Bedeutung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte für die Kooperation und Integration der ASEAN-Staaten, Lit Verlag, Münster 2003, 296 S., ISBN 3-8258-6583-5

Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3

Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt 1994, 309 S., ISBN 3-593-35200-1

Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Band 13, Nomos, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-7890-3852-0

Manfred Sapper, Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1999, 54 S., ISBN 3-933293-12-X

FKKS-Sonderveröffentlichungen

Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997

Egbert Jahn/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997

Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Manfred Sapper (Hg.), Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens, Januar 2000

Untersuchungen des FKKS

- 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspi-Raum
- 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord!“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem
- 24/2000 Susan Stewart, Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine
- 25/2000 Andreas Reich, Politisches Patt in Tschechien. Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven
- 26/2001 Timm Beichelt, Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine
- 27/2002 Margarita M. Balmaceda, EU Energy Policy and Future European Energy Markets: Consequences for the Central and East European States
- 28/2002 Tadeusz Olszański, Die Ukraine und Rußland: Von der Desintegration zur Reintegration?
- 29/2002 Patrizia Hey, Die Gewerkschaftsregionen als Überlebensgarant der polnischen Solidarność-Bewegung. Struktur und Arbeitsformen in Niederschlesien